

Karzais größter Coup

Von der Präsidentschaftswahl in die Legitimitätskrise

Thomas Ruttig

Afghanistans gefälschte zweite Präsidentschaftswahl führt direkt in die Legitimitätskrise. Die Berichte der Aufsichts- und Beschwerdekommisionen fielen eher nachsichtig aus und bleiben weitgehend ohne Konsequenzen. Von *lessons learned* für die Zukunft kann keine Rede sein.

Die knappste und prägnanteste Zusammenfassung dessen, was die US-Regierung in ihrem Glückwunschsreiben an Präsident Hamid Karzai als „historische Wahl“ bezeichnete – nämlich die afghanischen Präsidentschafts- und Provinzratswahlen vom 20. August – hat ein Blogger namens Jeff Huber verfasst:

„Präsident Hamid Karzai bestellt eine handverlesene Wahlkommission, die die Wahlen zu seinen Gunsten lenkt. Die UN-Aufsicht erklärt die Wahl für betrügerisch und dekretiert, dass eine Stichwahl vonnöten ist. Karzai will sich einer Stichwahl nicht stellen, aber Senator John Kerry und andere US-Amtsträger überreden ihn, sie zu akzeptieren. Karzais Gegenkandidat, Abdullah Abdullah, fordert, dass der betrügerische Karzai vor der Stichwahl betrügerische Wahlkom-

missionen austauscht, und Karzai weist das zurück. Also lehnt Abdullah es ab, in der Stichwahl anzutreten. Karzais handverlesene Wahlbeamte sagen die Stichwahl ab und erklären Karzai zum Gewinner. Die USA und andere westliche Mächte beeilen sich, Karzai zu Afghanistans ‚legitimem‘ Präsidenten zu erklären. US-Präsident Barack Obama sagt, es sei Zeit für ein ‚neues Kapitel‘ in Afghanistans Geschichte, beruhend ‚auf verbesserter Regierungsführung, viel ernsthafteren Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung‘ und mehr gemeinsamer Ausbildung der afghanischen Streitkräfte, ‚so dass die afghanischen Menschen für ihre eigene Sicherheit sorgen können‘. Dann weist die korrupte Karzai-Regierung Kritik der UNO an ihrer Korruption zurück. Das (Kabuler) Außenministerium sagt, Kritik der internationalen Gemeinschaft verletze

‚den Respekt für Afghanistans Souveränität‘.¹



Wählerkommentar: Karzai-Wahlplakat mit aufgeklebtem Fragezeichen in Kabul.

Geschlagene zwei Monate nach dem Wahlgang gab die oben erwähnte Unabhängige Wahlkommission (IEC) endlich ein Endergebnis bekannt.² Amtsinhaber Hamed Karzai erhielt demzufolge mit 2,28 Millionen Stimmen einen Prozentanteil von 49,67 und verfehlte die absolute Mehrheit, die ihm einen zweiten Wahlgang erspart hätte, nur knapp. Abdullah, sein schärfster Herausforderer, ein früherer Mujahedinführer, erzielte 1,41 Millionen Stimmen und 30,60 Prozent. Überraschender Dritter wurde der Parlamentsabgeordnete Ramazan Baschardost, der mit Forderungen nach rigoroser Korruptionsbekämpfung die Volksseele ansprach, aber auch populistisch einen Einmarsch



Auf der sicheren Seite: Motorrikschafahrer mit Plaketen von Karzai und Abdullah.

von Freiwilligen im Nachbarland Pakistan vorschlug, um dort die Taliban-Basen auszuschalten. Er kam als einziger der anderen 30 Kandidaten auf über zehn Prozent (10,46 Prozent). Damit ließ er den ehemaligen Weltbankberater Aschraf Ghani Ahmadzai, für den viele afghanische Intellektuelle stimmten, weit hinter sich (2,94 Prozent). Auf den nächsten Plätzen folgten ein der privaten Aneignung von Drogenbekämpfungsgeldern nicht unverdächtigem Parlamentarier, ein ehemaliger kommunistischer Verteidigungsminister, eine Parlamentarierin, die mit dem Slogan „Wechsel zum Positiven“ angetreten war, sowie ein weiterer Unterhauskollege, der früher Taliban-Kommandeur war und dessen (selbst gewählter) Nachname auf seine Fähigkeiten im Kriegshandwerk verweist: Mulla Salam Rocketi.

Dann stellte sich heraus, dass es unterschiedliche Varianten des Endergebnisses gab. Eine afghanische Nachrichtenagentur berichtete auf der Grundlage von Angaben der Wahlbeschwerdekommission (ECC) – die parallel zur IEC Eingaben zum Wahlverlauf untersuchte und per Gesetz berechtigt war, die IEC anzuweisen, bei Unregelmäßigkeiten Stimmen zu annullieren – dass Karzai fast anderthalb Prozent weniger Stimmen erhalten habe, nämlich nur 48,29 Prozent, Abdullah dafür bei 31,54 Prozent lag. Gleichzeitig wurde dadurch bekannt, dass 954 526 Stimmen für Karzai wegen Fälschungen gestrichen wurden.



Thomas Ruttig

Nicht viel Andrang im Frauenwahllokal.

Das ist fast ein Drittel der von der IEC ursprünglich für ihn gewerteten Voten. (Die IEC hatte am 16. September vor Abschluss der ECC-Untersuchungen ein vorläufiges Ergebnis veröffentlicht, bei dem Karzai mit 54,6 Prozent über der 50-Prozent-Marke gelegen hatte.) Auch Abdullah wurden immerhin noch rund 200 000 Stimmen abgezogen und selbst Baschardost verlor.

Allerdings muss bezweifelt werden, dass die ECC alle falschen Stimmen entdeckt hat. Die im Kompromiss mit der IEC festgelegten Kriterien, nach denen Überprüfungen stattfanden, waren immer noch recht nachsichtig. Und die IEC kam nicht allen ECC-Anweisungen nach, gefälschte Stim-

men auch wirklich zu streichen. Die Wahlzettel aus 63 von 210 beanstandeten Wahlurnen landeten schließlich doch noch im Endergebnis.

Wegen der Fälschungen ist auch die von der IEC behauptete Wahlbeteiligung von 6 Millionen stark übertrieben. Bei einer Annullierung von knapp 1,3 Millionen Stimmen fiel sie schon auf 4,7 Millionen von 15,7 Millionen registrierten Wählern. Aber auch diese Zahl ist stark nach oben gefälscht, vor allem durch die unwahrscheinlich hohe Zahl von Einschreibungen weiblicher Wähler in den konservativen paschtunischen Aufstandsprowinzen. Die Wählerregistrierung wurde so zur offenen Vorbereitung zur Wahlfälschung – und die internationale Gemeinschaft schwieg dazu. Inoffizielle Aussagen aus der Umgebung von Präsident Karzai sprechen von sogar nur 2 bis 2,5 Millionen Afghanen (darunter sehr wenige Afghaninnen), die tatsächlich zur Wahl gegangen seien. Wenn das stimmt, wären sogar 3,5 bis 4 Millionen Stimmen gefälscht worden.

Viele der gefälschten Stimmen wurden in sogenannten Geisterwahllokalen produziert. Dem wegen seiner öffentlichen Kritik am lange andauernden Stillschweigen seiner Organi-

Thomas Ruttig



Nomaden-Zeltwahllokal mit Wahlpersonal und Wachschutz, aber ohne Wähler (den ganzen Tag lang). Gardez, Provinz Paktia, Südost-Afghanistan.



Unerlaubte Beratung hinterm Sichtschirm. Gardez, Provinz Paktia, Südost-Afghanistan.

sation geschassten UN-Vizebeauftragten in Kabul Peter Galbraith zufolge, sind etwa 1500 der 6969 Wahllokale am Wahltag gar nicht geöffnet gewesen. Stattdessen wurden Stimmen ohne Wählerbeteiligung produziert, oft in Häusern von Staatsbeamten. Eigentlich, so Galbraith, habe das Endergebnis nur 41 zu 34 Prozent zu Gunsten Karzais betragen.

Trotzdem beschuldigte Karzai die ECC, ein Werkzeug „ausländischer Einmischung“ zu sein. Die afghanische regierungsnahen Presse hält diesen Ton bis heute. Washingtons Afghanistan/Pakistan-Sondergesandter Richard Holbrooke hingegen wiegelte ab und sagte, dass es auch „überall im Westen imperfekte Wahlen“ gebe.

Der systematische Betrug bei den Wahlen am 20. August hat gezeigt, dass Afghanistans politischer Prozess in eine Sackgasse geraten ist, nachdem das Land schon tief in einer Sicherheitskrise steckt. Die Legitimitätskrise – die sowohl die neue Regierung als auch ihre internationalen Verbündeten betrifft – erfordert einen neuen gesamt-afghanischen Konsens über die politische Zukunft des Landes. Dazu müssen Veränderungen des politischen Systems gehören, die die Beteiligung von mehr politischen und sozialen Kräften ermöglichen und das überzentralisierte Präsidialsystem beschneiden. Es muss mehr, nicht weniger Demokratisierung geben. Die internationale Gemeinschaft mit ihren Truppen muss sich dabei nicht darum kümmern, wie die Afghanen sich entscheiden, sondern einen Rahmen ga-

rantieren, innerhalb dessen alle Afghanen an der Entscheidungsfindung teilhaben können. Zudem muss ein politischer den primär militärischen Ansatz für den Umgang mit den bewaffneten Aufständischen ablösen, um das Gewaltniveau zu senken und damit überhaupt erst politischen Spielraum zu öffnen. Die Methode „Mehr vom Gleichen“ führt immer tiefer in die Sackgasse.

Die Zeichen dafür stehen aber nicht günstig. Einige westliche Regierungen – darunter die in Berlin – drängen auf eine baldige neue internationale Afghanistan-Konferenz, auf der beraten werden soll, „wie die afghanische Regierung Schritt für Schritt die Verantwortung für das eigene Land übernehmen könne“. Wozu Übereile dabei führen kann, hat aber das mangelhafte Vorgehen der afghanischen Wahlkommission gezeigt.

Die will jetzt auch noch dafür sorgen, dass der Ärger mit der Beschwerdekommision nicht noch einmal passiert. Schon hat sie zu den 2010 bevorstehenden Parlamentswahlen eine Neufassung des Wahlgesetzes lanciert. Wichtigste Neuerungen: Das sogenannte *Vetting* – das Überprüfen der Kandidaten auf Verbindungen zu illegalen bewaffneten Gruppen und zum Drogenhandel oder auf eine Vergangenheit als Kriegsverbrecher – wird abgeschafft. Und: Die Beschwerde-

kommission soll afghanisiert werden; bisher gab es dort neben zwei von der Regierung drei von der UNO nominierte Kommissare. Karzai dürfte die Konferenzidee von Kanzlerin Angela Merkel, Premierminister Gordon Brown und Präsident Nicolas Sarkozy Anfang September deshalb gut gefallen. Die IEC wird in der neuen ECC dann einen Zwilling im Geiste erhalten. Die Wahlen 2010 dürften dann ungestört von Einsprüchen des Westens laufen wie geschmiert.

Im Übrigen liegen immer noch keine vollständigen Ergebnisse der parallelen Provinzratswahlen vom 20. August vor. Am 10. November wurde bekannt, dass die ECC erst 300 von 660 dazu eingegangenen Beschwerden untersucht hat. Gerade werden die Ergebnisse aus der bevölkerungsreichen Ostprovinz Nangrahar noch einmal ausgezählt. Aber es ist nicht zu erwarten, dass die internationale Gemeinschaft sich darum noch sonderlich kümmert – besonders nachdem die UNO nach einem Anschlag 600 ihrer 1100 ausländischen Mitarbeiter außer Landes verlegt hat.

Endnoten

¹<http://original.antiwar.com/huber/2009/11/09/blazing-afghanistan/>

²Alle Details unter www.iec.org.af/results/index.html



Beobachter bei der Auszählung.